

Die Halle wird täglich bei postamtlicher Zustellung 2.50 M. durch die Post 3.25 M. ...

Saale-Beitung.

Dreizehnter Jahrgang.

Werben die Spaltenpreise über dem Raum mit 30 Pfa. ...

Nr. 488.

Salle a. S., Montag, den 18. Oktober.

1909.

Das Drama von Montjuich.

(Der Ursprung des Aufstandes.)

Paris, 18. Okt. Die von sozialistischen Partei organisierte Massen demonstration gegen die spanische Regierung ...

Eine Tragödie ist zu Ende, und der darin die Hauptrolle spielte, wird, nachdem der Vorgang zum letzten Male ...

Das republikanische Organ „El Pais“ veröffentlicht den Brief eines Hauptteilnehmers der Rebellion, der sich nach Frankreich geflüchtet hat ...

Eine unserer wichtigsten Abmachungen bestand darin, keinem Politiker von Bedeutung und niemandem, der mit einem solchen in Beziehungen stände, die geringste Andeutung zu machen ...

Paris, 18. Okt. Wie der „Matin“ aus Barcelona meldet, ist die Nachricht, daß Malota zum Testaments-

vollstrecker ernannt worden ist, unrichtig. Testamentsvollstrecker Ferrer ist vielmehr der Direktor der Modernen Schule in Barcelona ...

Auch in Deutschland haben Protestdemonstrationen stattgefunden. In Berlin kam es sogar zu Straßenunruhen, so daß die Polizei einschreiten mußte ...

Fürst Bülow als Gast des Kaisers.

Der Reichszugler a. D. Fürst Bülow ist mit seiner Gemahlin am Sonntag in Berlin eingetroffen, um der Konfirmation der Prinzessin Vittoria Luisa, die heute in Potsdam stattfindet, beizuwohnen ...

Bülow sollte die Öffentlichkeit hintergangen haben, indem er die Schuld für die Enttillungen auf den Kaiser abwarf, während er selbst der eigentliche Urheber der Enttillungen gewesen sei ...

Deutsches Reich.

Enttillung eines französischen Kriegedenkmals auf deutschem Boden.

Am Sonntag fand in Weihenburg unter großer Beteiligung die feierliche Enttillung des französischen Kriegedenkmals statt ...

Nach der Enttillungsfeier in der Synagoge begaben sich die Teilnehmer an der Denkmalsfeier nach dem Weihenburger Friedhof ...

Zwei freisinnige Resolutionen.

In Frankfurt a. M. tagte unter zahlreicher Beteiligung der Landesausführer der Freisinnigen Partei für das Großherzogtum Hessen ...

Der Landesausführer der Freisinnigen Partei für das Großherzogtum Hessen dankt der linksliberalen Fraktionsgemeinschaft für ihre einmütige und entschiedene Haltung bei der Abstimmung über die Reichsfinanzreform ...

Der Bundesausführer begrüßt ferner in einer Resolution den Beschluß der Süddeutschen Volkspartei zur Frage der Einigung des Linksliberalismus ...

Wie die Reichsfinanzreform wirkt, das illustriert die „Schwarzwälder Volkstimme“ durch die folgende Mitteilung: Kommt da kürzlich in die Erste badische Zündholz-

fabrik Bauer u. Schöneberger in Schnelligen ein Steuerkommissarius, um die Vorenorderte der Firma aufzunehmen; zuletzt kamen die Wachsstocker in die Reihe. Für einen Bestand von 8 1/2 Gros Schichtelchen im Gesamtwerte von 37 Mark 32 Pf. sollte die Firma die im Verhältnis zum Wert ungeheure Summe von 124 Mark 40 Pf. Steuern bezahlen. Auf die Frage des einen Geschäftsinhabers, ob die Wachsstocker neuerer Herkunft seien, bekam er ein Nein zu hören. Kurz entschlossen ließ der Fabrikant Feuer anmachen und sämtliche Wachsstocker flogen (neuerer) hinein.

Das Strafverfahren gegen Bruhn.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Berlin geschrieben: Es herrscht hier und da Besorgnis, daß das Strafverfahren, das der Staatsanwalt auf Grund der Offensurkunden, die im Prozeß Döbel gemacht worden sind, gegen den Verleger der „Wahrheit“ eingeleitet hat, nicht durch den Wiederauftritt des Reichstages, dem ja Herr Bruhn als Vertreter von Arnswalde-Friedberg und Nachfolger Alwarths angehört, unterbrochen werden würde. Es wird die Ansicht ausgesprochen, daß die sechs Wochen, die bis zur Berufung des Reichstages etwa vergehen werden, wohl hindreichen müßten, um das Verfahren zu beenden. Das läßt sich ohne Kenntnis des Standes und Umfanges der Vorbereitung nicht beurteilen; man weiß aber, daß in den wichtigsten Punkten weit hinausgeschritten ist. Wie dem aber auch sei, es ist nicht anzunehmen, daß das Strafverfahren durch den Wiederauftritt des Reichstages irgend welche Unterbrechung erleide. Natürlich muß, wenn der Reichstag versammelt ist, die Genehmigung zur Strafverfolgung nachgeschickt werden. Die wird auch meistens verjagt, aber selbstverständlich nur dann, wenn es sich nicht um ehrenwürdige Dinge handelt, Verleumdungssagen, die aus Freßhunger oder Verleumdungsschreien entstanden sind, machen die Urheberzeit der Fälle aus, in denen auf Grund des Immunitätsparagrafen der Verfassung die Genehmigung zur Strafverfolgung verjagt wird. Wenn ernsthafte Verleumdungen in Frage stehen, so hat jeder Abgeordnete selber ein Interesse daran, auf die Immunität zu verzichten, damit möglichst schnell die Wahrheit festgestellt werde. Herr Bruhn wird sich, wenn er sich nicht einem falschen Verdacht aussetzen will, dieser Verzicht leisten, und der Reichstag soll noch gewahrt werden, der einem Staatsanwalt die Türe weist, wenn er gegen einen Abgeordneten Anklage wegen Erpressung erheben zu meinen glaubt.

Partei-Nachrichten.

Chüringischer Parteitag der freisinnigen Volkspartei.

Genau, 17. Okt. (Eigene Meldung.) Hier fand heute der Parteitag der Chüringischen Freisinnigen Volkspartei unter zahlreicher Beteiligung statt, nachdem am Vorabend eine politische und beschließende Versammlung liberaler Wähler vorausgegangen war, in der im Namen des Parteivorstandes Reichstagsabg. Kopfer ein interessanter Vortrag über die politische Lage hielt. Außerdem sprach noch beifällig aufgenommenen Reichstagsabgeordneter Schuldrath Enders. Der Parteitag nahm folgende Resolution an:

Der Parteitag der Thür. Freisinnigen Volkspartei hält die Verfassung der drei linksliberalen Parteien im Interesse der liberalen Sache für geboten. Er glaubt jedoch in Uebereinstimmung mit dem Vorschlag des Ausschusses aufgestellten Grundsätzen, daß nur eine in programmatischer, organisatorischer und tatsächlicher Richtung sorgfältig vorbereitete Verbindung ein dauernd gedeihliches Zusammenwirken gewährleistet. Bis zur Erreichung dieses Zieles hält man einen weiteren Ausbau in der Fraktionsgemeinschaft und gemeinsamen Vorgehen im ganzen Reich für geboten. Ferner: der Parteitag beauftragt seinen Vorstand, mit der Parteileitung und der Parteileitung der Nationalliberalen in Verbindung zu treten behufs Anbahnung eines Abkommens für die gegenseitige Wahlunterstützung bei den nächsten Wahlen. Sollten die Verhandlungen nicht zu den gewünschten Abkommen führen, beauftragt der Parteitag den Parteivorstand, unverzüglich in die Vorbereitung behufs Aufstellung der Kandidaten in sämtlichen Reichstagswahlkreisen vorzugehen.

Ein Beispiel für den Terror.

den die Sozialdemokraten anwenden, am Mittwoch für ihre Gewerkschaftsverbände zu pressen, teilt der „Mitteutsche Cour.“ mit. Danach hat der Zentralverband der sozialdemokratischen Handlungsgesellschaften für den Bezirk Magdeburg, gez. Martini, an ein Fräulein, daß bei dem Konsumverein in Neubrück in Lohn und Brot steht, unter dem 11. Oktober 1909 folgendes Schreiben gelangt:

Werte Kollegin! Wenn Sie die mitfolgende Beitrittserklärung innerhald der nächsten drei Tage ausgefertigt an die unterzeichnete Adresse nicht zurückgeschickt haben, werden wir gegen Sie mit aller Rücksichtslosigkeit vorgehen. Schlagen Sie die unsere letzte Mahnung nicht wieder in den Wind, es dürfte Ihnen sonst nicht gut bekommen.

Die fünfjährige Gedenkfeste zur Gründung des Nationalvereins, welche die nationalliberale Partei in Eisenach veranstaltete, wurde nach dem Begrüßungsabend am Sonntag fortgesetzt. Die Festsprache hielt Dr. Hieber. Er grüßte das Verdienst der Männer, die im Jahre 1859 zusammengetreten seien. Redner schloß mit den Worten: „Wir wollen nicht den Glauben verlieren an die Zukunft unserer geliebten Vaterlandes.“

Sol- und Personalnachrichten.

Die Konfirmation der Prinzessin Viktoria Luise. Prinzessin Viktoria Luise, die einzige Tochter unseres Kaiserhauses, wird heute, am 78. Geburtstag Kaiser Friedrichs, konfirmiert. „Prinzesschen“, wie sie allgemein, auch von ihren Eltern und Brüdern genannt wird, ist am 13. September 1892 geboren und steht somit im 18. Lebensjahr. Die Konfirmation findet in der nahe am Park von Sanssouci gelegenen Friedenskirche in Potsdam statt, neben welcher in einem Mausoleum die Großeltern der Prinzessin, Kaiser und Kaiserin Friedrich, ruhen. Die Hinzuziehung des Fürsten Bilibow zu Geburtstagsfeier der Kaiserin am kommenden Freitag und zur Konfirmation der Prinzessin Viktoria Luise heute wird allgemein als das bedeutendste Moment aller Gerichte über eine angelegliche Verählung zwischen dem Kaiser und seinen früheren Ratsler bezeichnet.

Ausland.

Dynastie und Offiziere in Griechenland.

Tronkandidaturen.

Athen, 18. Okt. In griechischen Offizierskreisen soll ernstlich erwogen werden, die gegenwärtige griechische Dynastie ohne Blutvergießen abzulegen und den Thron der Brücken zum König von Griechenland zu proklamieren.

Die dynastiefeindliche Bewegung in Griechenland dauert fort. Der König und seine Gönne bemühen sich fortgesetzt, durch weitgehendes Entgegenkommen gegen die Forderungen der Militärpartei alle Steine des Anstoßes aus dem Wege zu räumen. Ob es ihnen gelingen wird, steht bei der Unberechenbarkeit der dortigen Verhältnisse zurzeit noch dahin. Daß die Offiziere Gewaltmaßnahmen gegen die Kammer geplant hätten, ist unrichtig; es ist nur wahr, daß sie zum Eingreifen bereit sind, falls unüberbrückbare Gegensätze zwischen der Kammer und der Regierung hervorgerufen und letztere demotiviert. Man nimmt trotzdem an, daß die Kammer alle Vorlagen debattabel akzeptiert, wogegen aber der Militärverband protestiert. Die Situation ist anderen nachsehender ernst. Die Offiziere heischen länderlich aufsehend die Verfassung vor, in ihr Programm, das die Regierung sich zu eigen gemacht hat, in vollem Umfange von der Kammer angenommen sein wird. Wahrscheinlich werden die Kammerverhandlungen nicht mehr länger als 20 Tage dauern.

London, 18. Okt. Der Spezialberichterstatter des „Daily Telegraph“ in Athen sendet seinem Blatte folgenden Bericht über die politische Lage Griechenlands. Es heißt darin, die Abgeordneten hätten bereits die Wahl eines neuen Monarchen beprochen und einen süddeutschen Prinzen dazu auszuwählen. Sie würden den Rücktritt des Königs Georg ausser Inanspruchnahme. Die Offiziere sind überzeugt, daß der König es war, der Theotokis verdrängt hat, die Angliederung Kretas an Griechenland vorzunehmen, da es der Wunsch des Königs ist, Areta unter Leitung des Prinzen Georg unabhängig zu sehen. Die Militärsache ist überzogen, daß es im März zu neuen Erhebungen kommen wird. Sie trifft bereits Vorbereitungen zur Emigration einer Anzahl von 150 Millionen Drachmen, die teilweise aus den Ueberflüssen der Einkünfte garantiert werden sollen. Ein Teil der Anleihe solle zum Zwecke der Landesverteidigung Verwendung finden. Die Vertagung des Parlamentes bis zum nächsten September wird ins Auge gefaßt.

Zusammenkunft zwischen Cast und Diaz.

Die Präsidenten Cast und Diaz hatten in dem Hause des Direktors der Handelskammer in C. Pajo eine Unterredung hinter verschlossenen Türen, in der sie den Wünschen ihrer gegenseitigen Wünsche und die Freundschaft beider Länder Ausdruck verliehen. Das Sans, in dem die Zusammenkunft stattfand, war von amerikanischen Truppen umgeben, und die Brücke über den Rio Grande als neutrales Territorium von den Truppen beider Nationen besetzt. Präsident Diaz wurde von desionand mexikanischen Soldaten bis zum amerikanischen Ende der Brücke geleitet. Die großen militärischen Vorkehrungen waren aus Besorgnis vor einer anarchoischen Kundgebung getroffen. Mittags begab sich Präsident Cast auf die mexikanische Seite des Rio Grande, um den Besuch des Präsidenten Diaz zu erwidern. Er wurde feierlich empfangen. Die regulären amerikanischen Truppen sind durch mehrere Regimenter der Staatsmiliz von Texas verstärkt worden.

Der Gründungsummel der deutschen Studenten in Prag.

Prag, 18. Okt. Der geistige Gründungsummel der deutschen Studenten gab wieder Anlaß zu tumultuarischen Szenen jenseits tschechischer Demonstrationen. Die deutschen Studenten wurden mit Stöcken und Knäulen geschlagen und vielen die Köpfe vom Kopf gerissen. Die Menge zog nach dem Wenzelsplatz, wurde aber dort von Genarmen, die mit aufgestanztem Bajonett vorrückte, auseinander getrieben.

Der „Bismarck Substritus“.

Der bekannte Vorkämpfer der Sozialdemokratie, der 65 Jahre alt, in London gestorben ist. Hofmeyr, der eine an Erzählungen überaus reiche journalistisch-politische Karriere hinter sich hatte, war lange Zeit die führende und beredteste Persönlichkeit der Sozialisten in Kap, London und in London und im Dienst freilich, mo ein Schulfamer Reichspräsident geworden war. Hofmeyr zeichnete sich durch einen weiten staatsmännlichen Blick aus, und wenn K. H. es am Kap der Mann für die Engländer war, war er dort der Mann für die Holländer. Nach London war Hofmeyr als einer der Delegaten zur Kolonialkonferenz gekommen. Aber er kam lebend an, und die Krankheit hinderte ihn an der Heimreise. Hofmeyr hat viel für die Entwicklung der nationalen Ideale der Holländer in Südafrika getan, aber der Kapländer wollte kein Kaiserthum und die Anhänglichkeit an die britische Herrschaft in Einklang zu bringen.

Kleine Tagesnachrichten.

Begnädigung der Bremer Hochverräter. Sämtliche elf im Agrar- und Hochverratsprozeß zu Kerkerstrafen von ein bis neun Jahren Gefängnis verurteilten Angeklagten sind, wie die Neue Freie Presse meldet, nunmehr begnadigt worden.

Kongresse und Verbandstage.

11. Vertretertag des Jungliberalen Reichsverbandes.

(Nachdr. verb.) Jena, 17. Oktober 1909. Der Vertretertag beschäftigte sich eingehend mit dem Thema der staatsbürgerlichen Erziehung des deutschen Volkes. Hierzu waren zwei Referenten bestellt. Die Vorträge des ersten Referenten Dr. Paul Rühlmann (Leipzig) lauteten:

1. Durch die Gefesgebung der letzten fünf Jahrzehnte ist der Kreis der politischen Rechte jedes einzelnen deutschen Staatsbürgers wesentlich erweitert worden. Die

Ausübung dieser Rechte wird aber nur dann der Segensreichen Folgen für das Staatsganze begleitet sein, wenn von jedem Staatsbürger ein starkes politisches Verantwortlichkeitsgefühl vorausgesetzt werden kann.

2. Nicht in demselben Verhältnis wie die politischen Rechte ist im deutschen Volke das politische Verantwortlichkeitsgefühl gemacht und gefördert worden; politisches Interesse und politisches Verständnis. Diese bedauerliche Tatsache ist eine wesentliche Ursache der innerpolitischen Schwächen des Reiches.

3. Die politische Erziehung des deutschen Volkes kann nicht überlassen bleiben lediglich dem Zufall der politischen Schicksalsführung. Den deutschen Verhältnissen scheint am angemessensten zu sein die planmäßige Erziehung zu politischem Denken durch die deutsche Schule von der Volksschule bis zur Universität.

Die politische Erzieherarbeit der Presse ist als dankenswerte Ergänzung zu begreifen.

Die rein parteimäßige Ausübung des heranwachsenden Geschlechts im nachschulischen Alter bleibt den politischen Parteien unbenommen.

4. Die deutsche Schule muß ihrem Pflichtenkreis diese neue Aufgabe entziehen, weil sie noch am meisten Geduld dafür bietet, daß der Jugend der Blick für die jenseits der Parteien liegenden Grundlagen des Staatslebens nicht verloren geht.

5. Um der Gefahr der Schulverfälschung zu begegnen, die in dem vorliegenden Falle mehr als in einem anderen Falle schaden würde, muß erste Sorge sein die Heranbildung geeigneter Lehrer. Für die Universitäten als Bildungsstätten der Lehrer an höheren Schulen ist zu fordern: a) Informativ-Verlesungen über Politik, b) naturwissenschaftliche, historische und nationalökonomische Vorlesungen sowie Vorlesungen über politische Geographie und die politischen Gebiete der Jurisprudenz, c) Berücksichtigung der staatswissenschaftlichen Bildung, d) Stoffe bei der Prüfung für das höhere Schulamt. — Für die Lehrer-Seminare ist zu fordern: a) Einführung der „Staatskunde“ als Pflichtfach und Erteilung des Unterrichtes darin durch akademisch gebildete Lehrer; b) erweiterte und vertiefte Behandlung der Geschichte; c) Erweiterung und Vertiefung der Allgemeinbildung der Seminare bei den bevorstehenden Reformen der Lehrerbildungsanstalten.

Zur Erweiterung, Vertiefung und Erneuerung der staatswissenschaftlichen Kenntnisse der Lehrer ist zu fordern: a) Besuch von staatswissenschaftlichen Fortbildungskursen; b) häufigere Beteiligung von jüngeren Lehrern in anderen gearbetei Vorträgen, eventuell an den Auslandsreisen; c) Befestigung der Schmierigkeiten bei Übernahme politischer Ehrenämter. Für den Unterricht ist zu fordern: 1. an höheren Schulen a) die stärkere Verpflichtung zu gelegentlichen staatskundlichen Hinweisen in allen Unterrichtsfächern; b) Staatskunde des Geschichts- und Geographieunterrichts aus ihrer bisherigen Nebenrollestellung im Organismus unserer höheren Schulen; c) entsprechende Berücksichtigung der politischen Bildung bei der Reifung der Geschichts- und Geographie-Lehrpläne; d) die Einführung planmäßigen staatskundlichen Unterrichts in den Mittelschulen. 2. In Volksschulen a) gezielte politische Unterweisung; b) in der Fortbildungsschule staatskundlichen Unterricht als ein Hauptgegenstand; c) in den freien Bildungsmöglichkeiten zwischen Schule und Militärdienst ist der Bürgerkunde ein freier Raum anzuzuwählen.

6. Als Krönung des staatsbürgerlichen Erziehungswerkes würde anzusehen sein die Einrichtung einer deutschen Verfassungsgesellschaft, „Aktionenprüfung“ nach dem so bewährten Schweizer Vorbild, denn diese bringt die beiden großen nationalen Erziehungsinstitutionen, das deutsche Volk und die deutsche Schule, zu gegenseitigem Vorteil in die beiden so notwendige organische Verbindung.

Generalstreik Dr. Köhler (Köln) legte einige Vorklässe vor, darunter: Das Ideal ist und bleibt die Erteilung des staatsbürgerlichen Unterrichts durch die Schule. — Da auf der einen Seite die Sozialdemokratie, auf der anderen das Zentrum energisch neuerdings die Volksschule der Jugend im Sinne ihrer Programme zu erreichen suchen, muß auch der Liberalismus seinerseits mehr als bisher auf die Erziehung des Nachwuchses in seinem Sinne bedacht sein. —

In der Diskussion befaßte es Geheimrat Rosenthal (Jena), daß in Deutschland, wo so viel für Bildung gesehe, gerade für staatsbürgerliche Verhältnisse nur wenig Verständnis vorhanden sei. Was solle man dazu sagen, wenn man in einem Referendarexamen keine Antwort darauf bekomme, wer die deutsche Volksschule ausgereizt habe, oder wenn gebildete Kreise nichts vom Volkswort wissen? Er selbst habe einmal in Jena eine Reihe von Vorlesungen über die Verfassung gehalten. An diesen hätten 250-300 Zuhörer teilgenommen, darunter auch die Mitglieder der Reichsversammlung der staatsbürgerlichen Parteien aller liberalen Sozialdemokraten. Die Deutschen haben weder den politischen Instinkt der Engländer, noch das politische Verständnis, das nun einmal den lateinischen Völkern eigen sei. Auch er, Redner, halte die Zeit der Fortbildungsschule für die wichtigste für staatsbürgerliche Erziehung. Auch die Universitäten haben hierzu große Bedeutung. Sehr zu bedauern sei, daß auf ihnen noch nicht die Bürgerkunde als Lehrfach eingeführt sei. Beim Belehreterexamen frage man nichts über die staatsbürgerlichen Verhältnisse. Es dürfe aber niemand als Lehrer an höhere Schulen hinausgeschickt werden, der nicht weiß, was der Bundesrat ist und in welchem Verhältnis er zu den anderen gesetzgebenden Faktoren stehe. (Beifall.) In Leipzig, der Metropole des deutschen Buchhandels, habe es bis vor kurzem keine ausreichende öffentliche Velehalle gegeben.

Verbandstag deutscher Juden.

Breslau, 17. Oktober 1909. Unter Beteiligung von etwa 40 Delegierten aus ganz Deutschland hat hier der Verband Deutscher Juden zu seiner diesjährigen Generalsammlung zusammen, die mit einer vertraulichen Besprechung der Delegierten und einer Begrüßungsversammlung in der Festhülle der Gesellschaft der Freunde eingeleitet wurde. Zu der öffentlichen Hauptversammlung, die heute morgen im großen Saale des Kongresshauses stattfand, hatten sich insgesamt über 3000 Personen eingefunden. Kulturred Dr. Max Horn (Berlin) eröffnete die Versammlung mit Worten der Begrüßung und forderte die Versammlung zur Abwendung eines Jubiläumstelegrammes an den Kaiser auf. Rabbiner Gutsmann (Breslau) sprach über „Die Bedeutung der Juden in der Welt und in Deutschland“. Er führte aus: Die Idee der Verbrüderung, die mittellose Verbindung mit Gott ist das

Der 28jährige Kaufmann Georg Lindner von hier wurde wegen Vornahme unzulässiger Handlungen an einem fünfjährigen Mädchen zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverluft verurteilt.

Ein jettamer Raubakt.

Der 34jährige Schraubenfabrikarbeiter Karl Kühne von hier hatte sich durch den Wertmeißen einer hiesigen Maschinenfabrik gerettet gefühlt. Um sich an ihm zu rächen, richtete er an die Fabrikdirektion einen Brief, in dem er behauptete, ein Arbeiter der Fabrik habe im Einverständnis mit dem Wertmeißen einen Diebstahl begangen.

Kühne muß seinen eigentlichen Raubakt mit zwei Wochen Gefängnis wegen fälschlicher Urkundenfälschung büßen.

Der gefälschte Zivildienstbescheinigung.

Ein hiesiger Straßenarbeiter war früher im Eisenbahndienst tätig gewesen, aber wegen Untergewaltigkeiten während seiner Beschäftigung als Kassendienter entlassen worden. Nachträglich wurde er wegen Unterschlagung im Amte mit Gefängnis bestraft.

Seine vermeintlich schlaue Unflugigkeit trug ihm eine Gefängnisstrafe von sechs Wochen wegen schwerer Urkundenfälschung ein.

Einer der das Stehlen nicht lassen kann.

Der schon vielfach vorbestrafte 29jährige „Verfälschungsbeamte“ Otto Brand von hier stahl einem hiesigen Zigarrenhändler 2000 Zigaretten und andere Gegenstände aus einer Kammer, die er erbaute. Er verurteilt ist zu drei Monaten Gefängnis.

Wife Wähe.

Die schon vielfach vorbestrafte Schlosserfrau Franz Wähe und Wilhelm Teubner von hier betrogen sich eines Untertubens in der Ostmeißnerstraße an der Heide sehr ungebührlich, so daß sie vom Wästelier hinausgewiesen werden mußten. Sie entfielerten sich wieder und nahmen auch noch ein Leihding mit, das sie jedoch ihrer Angabe nach nicht haben stehlen, sondern wieder abliefern wollen.

Von der Anklage des Diebstahls sprach die Strafkammer frei, verurteilte sie aber wegen Ausreizensbruchs, Güte zu drei Monaten, Teubner zu zwei Monaten Gefängnis.

Ein jugendlicher Diebstahl.

Ein 19jähriger Bureaugehilfe von hier wurde wegen Vornahme unzulässiger Handlungen an einem fünfjährigen Mädchen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Verkommenner.

Der schon vielfach vorbestrafte 29jährige Arbeiter Friedrich Götting aus Niedersachheim stahl im September d. J. aus einem alten Schenkhaus einen Kanarienvogel und die Eier. Er befindet sich zurzeit in Untersuchungshaft wegen eines Stillschleppersverbrechens, wegen dessen er vom Schmutzgericht abgeurteilt werden soll. Für den im September verübten Diebstahl erhielt er fünf Monate Gefängnis.

Baumfänger.

Immanuel, 17. Okt. Das Schöffengericht verurteilte den Handarbeiter Siegelbe aus Martinstrode wegen Baumfängerei kostenpflichtig zu zwei Wochen Gefängnis, weil er an der Staatsstraße Immanuel-Martinstrode einer Anzahl Obst- und Eichenbäume die Kronen abgeschnitten und die Rinde beschädigt hatte.

Erpresser.

Das 1. Ostrp. 18. Okt. Wegen Erpressung und Stillschleppersverbrechen verhandelte die Strafkammer vorgelesen gegen den Ritzler Ruzus aus Gamburg, den Ritzler Simonius aus Berlin, gegen einen Martin a. D. aus Groß-Bichterfelde und einen Albert Bergmann. Die beiden letzteren wurden freigesprochen. Ruzus erhielt wegen Erpressung fünf Jahre, Simonius zwei Jahre Gefängnis.

Meteorologische Station.

Table with meteorological data for 16. and 17. October, including barometer, thermometer, wind, and temperature readings.

Wetter-Aussichten.

- 19. Oktober: Veränderlich, rauher lebhafter Wind. 20. Oktober: Wolke mit Sonneneinstrahlung, leicht. 21. Oktober: Veränderlich, kühl, lebhafter Wind. 22. Oktober: Bewölkt, meist trüb, leicht, Regenfälle. 23. Oktober: Regen, bedeckt und trüb, leicht, Nebel.

Verantwortlich für den politischen Teil: Wilhelm Georg; für den lokalen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht und Handel: Eugen Brinckmann; für Ausland, Letzte Nachrichten und Sport: Erich Földos; für das Feuilleton und Vermischtes: Paul Schaumburg; für den Inseratenteil: Friedrich Endrusat; Druck u. Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle a. S. - Diese Nummer umfaßt 12 Seiten - einheitsmäßig „Unterhaltungsblätter“.

seiner religiösen Ideen abließ. Zu einem bestimmten Beschlusse in der Angelegenheit ist es dem Vernehmen nach nicht gekommen.

(-) Kreuzburg, 17. Okt. (Unfälle beim Obstpflücken.) Durch Brechen eines Astes, an den er der Leiter geklebt hatte, stürzte der Arbeiter Bendix ab und erlitt einen Bruch des rechten Armes. Schlimmer noch erging es dem Badermeister Heft in Gleina, der beim Pfücken von Äpfeln ebenfalls von der Leiter fiel und mehrere Rippen brach.

* Zeitz, 15. Okt. (Bau eines Kreisfährdenhauses.) Unterhandlungen zwischen gegenwärtig wieder über den Ankauf eines Grundstückes zum Bau eines Kreisfährdenhauses. Die Besitzer der Häuser 1 und 2 Ecke der Raetherstraße und der Badstubenortstraße sind aufgefordert worden, Gebote über den Preis dieser Grundstücke abzugeben und haben dies auch bereits getan.

† Zeitz, 15. Okt. (Todesurteil.) Auf dem Grundstück der Zeitzer Eisenfabrik stürzte gestern Abend die Ehefrau des Portiers Schlauch in einen zur Lüftung offenen Keller, erlitt einen Schädelbruch und war auf der Stelle tot.

* Hettstedt, 17. Okt. (Der Bergarbeiterstreik war bisher ohne Erfolg und wird fortgesetzt.) Am heutigen Sonnabend fanden in Hettstedt, Augsdorf, Leimbach, Klostermansfeld und Gerbstedt Frauenversammlungen statt, in denen über die Ursache und den Stand des Streiks referiert wurde. - Weist die Arbeitervereinigungen im Hohenzollernpark abgehalten sind, findet die große allgemeine Gefängnis-Ausstellung, die der Verband der Gefängniswärtervereine der Provinz Sachsen und der angrenzenden Länder vom 6. bis 8. Nov. hierab veranfaßt, nicht in genanntem Etablishement, sondern im „Ratskeller“ statt.

* Mansfeld, 17. Okt. (Vielstöckiger Tat des Mansfelder Grafen.) Der Träger des Namens des alten Mansfelder Grafengeschlechtes, Graf Colliodoro Mansfeld in Wörmern, hat die Mittel zur Verfügung gestellt um das alte Grafenhaus seiner Vorfahren auf der Nordseite im Altarraum unserer Kirche, das im Laufe der Zeit sehr gestirnt hatte und dem Verfall nahe war, wieder herzustellen.

(1) Zeitz, 17. Okt. (Der Titel Postmeister.) Ist dem Oberförster Zielastowski vom König verliehen worden.

3 Könnern, 17. Okt. (Der Polizeihund.) Vor einigen Tagen wurde dem Schäfer W. in Könnern ein Hund gestohlen. Der Verdacht lenkte sich nach Könnern. W. wandte sich an die hiesige Polizei, worauf Polizeikommissar Hoffmann seinen Polizeihund in Tätigkeit treten ließ. Schon nach kurzer Zeit hatte der Hund die Fährte aufgenommen, so daß der Dieb überführt werden konnte und der Besitzer wieder zu seiner Gans kam.

Kieftsch, 16. Okt. (50jähriges Militärdienstjubiläum.) Eine durch ihre langjährige Tätigkeit als Kontrolloffizier, Stifter und Vorsteherin des Kreis-Kriegervereines, Amtsvorsteher, Standesbeamter und Kreis-Branddirektor im ganzen Kreise und darüber hinaus bekannte und beliebte Persönlichkeit, Hauptmann v. L. Herzog, feierte vorgestern den Tag, an dem er vor fünfzig Jahren zum Reserveoffizier im 20. Infanterie-Regiment besördert wurde. Bei der großen Versammlung, welcher sich der Jubilar erfreut, gestaltete sich der Tag zu einem Festtag für den ganzen Ort.

! Schönebeck, 17. Okt. (Ein schwerer Unfall.) ereignete sich auf der Glatztraße am früheren Güterbahnhof beim Ausladen der Wagen für die galizierende Menagerie. Bei dem Ausfahren eines Wagens mußte um dort lagernde alte Schwellen herumgefahren werden, ein Angelegter der Menagerie lenkte den Wagen an der Gänge, nach aller Anweisung abwärts, er die Gewalt über den Wagen, der sich plötzlich auswickelte und den jungen Mann durch das Rad drückte. Das linke Auge wurde dem Bedauernswerten herausgerissen, außerdem erlitt er eine Brustquetschung, so daß er in kurzer Zeit im Krankenhaus Kaiser Friedrich verstarb.

(-) Weidensee, 17. Okt. (Ein mütender Nege.) Zwischen einer Regenschirmplattentruppe kam es gestern beim Verladen ihrer Wagen am Bahnhof Weidensee-Ost zu einer Streiterei, die schließlich in Tätlichkeiten ausartete. Einer der schwarzen Ruffler griff dabei zum Messer und brachte dem einen seiner Kameraden nicht unerhebliche Stichwunden an den Armen bei.

(-) Queblinburg, 15. Okt. (Queblinburger Federlotterie.) Der bereits mitgeteilten fünf Hauptgewinnen der Lotterie schloßen sich noch vier kleinere an. Es fielen der 6. Hauptgewinn auf Nr. 31351, der 7. auf 89 580, der 8. auf 105 864, der 9. auf 48 754, der 10. auf 26 369, der 11. auf 12 190. Auch diese Gewinne bestanden in einem Pferd. Der Besitzer des Lotes 30347, auf das der erste Hauptgewinn gefallen ist, hat sich bis jetzt noch nicht gemeldet. Die übrigen Hauptgewinne sind sämtlich in auswärtige Kollekten gefallen, fünf nach Essen, drei nach Berlin, je einer nach Cöthen und Bitterfeld.

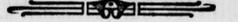
- Hartlingerode, 17. Okt. (Unfall.) Die Ehefrau des Landwirts Brunsch, die ihrem Gemann auf dem Felde bei den Bestellungsarbeiten beistand, hatte das Unglück, daß ihr durch den Eggebalen der Untergang abgefahren wurde. Der Unfall, der um so bedauerlicher ist, als die Eheleute B. erst seit einigen Tagen verheiratet sind, ereignete sich dadurch, daß eine Kuh unvermutet jagte.

+ Wittenberge, 17. Okt. (Eine weibliche Leiche) wurde beim Tirol in Wittenberge aus der Erde gefanden. Allem Anschein nach ist es die Ehefrau des Ackerzuchtbesizers Kraft aus Redelin (Jericho II), die in einem Anfall von Geistesstörung am 5. Oktober sich entfernte, nachdem sie zuvor noch geäußert hatte, sie wolle nach Wittenberge gehen und dort in die Erde springen.

v Meiningen, 17. Okt. (Ein großer Kaufauf) entstand hier auf dem Marktplatz. Ein am 6. Oktober entlassener Zuchthäuser namens Degenhardt aus Rottenau, der einige Jahre im Zuchthaus Internatsfeld logiert hatte, erlaubte sich das eigentümliche Vergnügen, mit seinem Spagierstock nicht weniger als sieben große Schaufenster und außerdem auch noch einige Stubenfenster zusammenzuschlagen. Der Schaden beträgt angeblich über 3000 Mark. Wie Degenhardt sagte, will er wieder ins Zuchthaus, wo es ihm demnach recht gefallen haben muß.

(-) Elsnau, 17. Okt. (Ein veränderlicher Welsch.) Nach einem Beschlusse des Gemeinderates sollte für die Elsnauer die Elsnauer bei drei Tagen in Elsnau weilen, eine Kurorte einzurichten. Der Bezirksrat hat jedoch beschlossen, ein entsprechendes Dekret nicht zur landesherrlichen Genehmigung zu empfehlen.

überste Geseß der jüdischen Religion. Das Judentum verwerfe den Begriff der Erblichkeit und führe daher auch die natürlichen Bedürfnisse auf ein sittliches Niveau zurück. Den Angriffen des neueren Theologie gegenüber müsse der hohe ethische Gehalt des Judentums besonders betont werden. - Der Vorsitzende dankte dem Redner für seine Ausführungen und begrüßte dann den inzwischen erschienenen Oberpräsidenten von Schleffen v. Zedlitz-Trützschler, der erwiderte: Auf der Tagesordnung ständen Gegenstände von so allgemeiner politischer Bedeutung, daß der Vorstande für die Einladung dankbar sei. Er sei gekommen, um etwas zu lernen, aber nicht nur als Beamter, sondern auch als Mensch, als Christ muß ich im Hinblick auf den Vortrag bekennen, daß ich aufrichtig auf dem Boden des Alten und Neuen Testaments stehe, ich glaube aber auch sagen zu können, daß ich ein Feind aller Verkennung und konfessionellen Antipathien bin. - Es folgte das Referat des Juristen Prof. Hoffmann über „die Juden in der Ostmark, wie sie dem Preussischen Verstande und was sie ihm geleistet haben“. Bei dem scharfen Nationalitätenkampf im Osten haben die Juden in erster Reihe die Kriegslasten zu tragen. Die Polen greifen die Juden vor allem um ihrer wirtschaftlichen Stellung willen an, die ihre Expansionsgefühle empfindet. Der Antisemitismus ist ihnen eine Waffe. Jeder Blick im Osten, den ein Jude räumt, ist mit ein Pole ein. Die Deutschen sind ohne den Gehilfen der deutschen Juden im Osten nicht konturrenzfähig. Redner gibt dann einen Überblick über die tausendjährige Geschichte der Juden in der Ostmark. Die Juden haben hier immer die deutschen Interessen vertreten. Um so entschuldiger muß die Tendenz einer Broschüre zurückgewiesen werden, die aus den Kreisen der Unbefähigungskommission stammt und in der das unendlich gekümmte Judentum als Hindernis der Germanisation in der Ostmark bezeichnet wird. Es wäre eine Sache der Staatsregierung, ausbrüchlich den Sinn jener Broschüre zu misbilligen. Vor allem müsse auf wirtschaftliche Gebiete der erprobte Kolonialgeist vermindern, um den Juden das Leben in der Ostmark, wo sie für die deutsche Sache stehen, erträglicher zu machen. - Nach einer lebhaften Diskussion wurden eine Reihe Beschlüsse im Sinne der Ausführungen des Redners angenommen und darauf die Tagesung geschlossen.



Provinzial-Nachrichten.

Stiftungen für die 4. Jäger.

Naumburg, 15. Okt. Dem Magdeb. Jägerbataillon Nr. 4 ist vom Provinzialrat ebenfalls 4 Jäger und Schützen anlässlich seines Einzuges in un. e Stadt eine Stiftung von tausend Mark überwiesen worden, deren Zinsen auf jährlich 100 Mark ergänzt werden sollen. Bis das Stiftungskapital selbst völlig eintrifft, und dessen Zinsen Verwendung finden sollen zur Unterstützung bedürftiger Oberjäger und Jäger des Bataillons.

Es gleichzeitigen Anlaß hat Hofmeister Karl Grimm dem Bataillon eine Stiftung von 2000 Mark gemacht, deren Zinsen zu Schießpremiën verwendet werden sollen.

Der Halberstädter Bierkrieg.

Halberstadt, 16. Okt. In der gestern abgehaltenen Gastwirtenversammlung wurde einstimmig beschlossen, daß die Schlichter die neue Biersteuer von 1,80 Mk. selbst tragen sollen. Die Brauereien sollen demnach das Bier zum alten Preise mit dem Steuerzuschlag von 1,80 Mk. liefern. Sollten sich die Brauereien mit diesem Angebot nicht einverstanden erklären, dann sollen vom nächsten Montag ab sämtliche Bierhäuser geschlossen werden. Die Verhandlungen mit den Brauereien finden heute nachmittag statt. Die anlanges der Woche mit den Brauereien gepflogenen Verhandlungen seitens der beiden Gastwirtsvereine und der Weinwirtschaftskommission scheiterten am Widerstand der Brauereien.

Gegen die Verunstaltung des Landschaftsbildes.

Goslar, 17. Okt. In der Kreisaustragung, die dieser Tage hier stattfand, wurde u. a. bekannt, daß die meisten Gemeinden unseres Kreises infolge des Geseßes gegen die Verunstaltung von Ortschaften und landschaftlich hervorragenden Gegenden Ortsratsteile beschließen und angenommen haben, monach die Andringung von Reklameschildern, Schaufenstern, Aufhängen und Wandtafeln der Gemeindegemeinschaften bedarf. Der Kreisaustragung ist es gelungen, die meisten der Kreises die zu diesem Ortsratsteil erforderliche Genehmigung. Das einheitliche Vorgehen der Gemeinden verdient volle Anerkennung. Ganz abgesehen von dem Reklame-Ansatz, zu dem selbst das kleinste Häuschen, sobald es nur irgend vom Bahnkörper aus gesehen werden kann, herhalten muß und den Keilenden so schon im Eisenbahnwagen die Landschaft verleidet, bietet gerade der Kreis Goslar im Innern dem Wanderer noch so sehr viel landschaftliche Reize, die durch die übertriebene Reklame beeinträchtigt werden.

Lehrerbildung, 17. Okt. (Titelverleihung.)

Dem langjährigen Stadtrat Kaufmann Hugo Eichhorn ist vom Könige der Charakter als Kommerzienrat verliehen worden. Das Patent wurde ihm durch den Regierungspräsidenten v. Eisenhart-Bothe im Beisein des Landrats Graf v. Haussonville und Bürgermeisters Köhbe feierlich überreicht.

Mücheln, 15. Okt. (Bericht.)

Bergange Wandt wurde ein ausländischer Arbeiter in der Brillenfabrik der Straße „Elisabeth“ verhaftet. Der Verunglückte war sofort tot.

Weienfels, 15. Okt. (Unteroffiziersküler.)

Heute erhielt die Unteroffiziersküler einen Zugang von etwa 200 jungen Leuten, die den Unteroffiziersküler Jülich, Weienfels, Kreuzbach und Annaburg angehört haben.

Schönhausen, 15. Okt. (Schwere Augenverletzung.)

Der Dienstmädchen Selter wollte sich von dem Gelehrer im Ofen überzeugen, ob es flott genug brennt. Dabei sprang dem Mädchen ein Funke aus dem Feuerraum in die rechte Auge. Die schwere Verletzung machte es notwendig, daß die Verwundete nach der Klinik in Halle gebracht werden mußte. Der ärztlichen Kunst gelang es jedoch nur, das eine Auge zu erhalten.

Wab Köln, 17. Okt. (Nunder letzten gemeinen Stadtratswahl.)

Die Wahl der Gemeindevorstände ist die Frage einer Umbenennung der Bürgermeisters Kreiskammer ernstlich in Erwägung gezogen worden. Es hat erörtert werden, das Verbleiben des Bürgermeisters im Amte davon abhängig zu machen, daß er innerhalb einer bestimmten Frist von

